

II-736 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 460 N

1991-02-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Haigermoser, Dr. Schmidt, Scheibner
an den Bundesminister für Inneres
betreffend staatspolizeiliche Vormerkungen

Seit März 1990 haben zahlreiche Staatsbürger von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, das Vorliegen bzw. den Inhalt staatspolizeilicher Aufzeichnungen durch die Einbringung eines entsprechenden Antrages beim Bundesministerium für Inneres in Erfahrung zu bringen.

Den unterfertigten Abgeordneten sind nun Informationen zugekommen, wonach im Rahmen einer Auskunftserteilung dem Antragsteller mitgeteilt wurde, daß dieser vor rund 17 Jahren als Kassier eines Vereines fungiert habe und 1978 als Kandidat der FPÖ bei einer Bezirksvertretungswahl angetreten sei. Zudem hätte eine im Jahr 1981 durchgeführte Sicherheitsüberprüfung "nichts Negatives bzw. staatspolizeilich Relevantes" ergeben.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Aus welchen Gründen wird die Mitgliedschaft in einem Verein bzw. die Kandidatur bei einer Bezirksvertretungswahl von der Staatspolizei vorgemerkt?
- 2) Welche Daten werden in Form staatspolizeilicher Vormerkungen registriert?
- 3) Welche Behörden erheben diese Daten gegenüber welchen Personen?
- 4) Welche Daten werden im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung ermittelt?

- 5) Auf wessen Veranlassung werden Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt?
- 6) Werden Sie die entsprechenden Vorkehrungen treffen, damit derart unerhebliche Daten in staatspolizeilichen Archiven gelöscht werden und, wenn nein, warum nicht ?